

Mehr als Erinnern, Forschen, Lernen: Geschichte, Probleme und Perspektiven der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen

Stefan Becker

Der Ort solle »kein Mausoleum sein, sondern eine Stätte der Begegnung vor allem für junge Menschen, die das grausige Geschehen von 1933 bis 1945 nicht mehr selbst miterlebt haben und es nur aus unzulänglichen Erzählungen kennen«. Er solle »darüber hinaus auch das Bewusstsein wach halten, dass es nicht damit getan ist, einfach zu vergessen, sondern dass wir uns mit dem Nationalsozialismus und dem von ihm an der Menschheit begangenen Verbrechen auseinandersetzen müssen«. Diese Funktionsbeschreibung aus dem Jahr 1962 galt einer der ersten Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Sie stammt von der Oberhausener Oberbürgermeisterin Luise Alberts (SPD), die am 2. September 1962 eine Gedenkhalle im Schloss der Ruhrgebietsstadt eröffnete. Es war die erste Einrichtung ihrer Art in Nordrhein-Westfalen, gegründet noch vor den kurze Zeit später eingerichteten Gedenkstätten und Mahnmalen an Orten ehemaliger Konzentrationslager wie Dachau und Neuengamme. (1) Heute gibt es im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands mehr als 20 Gedenkstätten, die sich allein im Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in NRW e.V. zusammengeschlossen haben. (2) Ihre Gründung verdanken sie zumeist dem Engagement von Initiativen oder Einzelpersonen, die sich vor allem in den 1980/1990er-Jahren in oftmals langwierigen, öffentlich geführten Auseinandersetzungen für ihre Etablierung eingesetzt haben.

Ohne bürgerschaftliches Engagement keine Gedenkstätten

1949: Unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik verhielt sich der überwiegende Teil der westdeutschen Bevölkerung distanziert zu den Ereignissen des gerade erst untergegangenen »Dritten Reichs«. Schuldabwehr und Verdrängung bestimmten die Haltung der Menschen. Häufig fielen Schlagworte wie »Amnestie für die Täter« oder es ertönte die Forderung, einen »Schlussstrich« unter die Vergangenheit zu ziehen. Erst zu Beginn der 1960er-Jahre rückten mehrere Ereignisse die grausamen Verbrechen der Nationalsozialisten wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und brachen mit dem (Be-) Schweigen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dazu gehörten die Gerichtsprozesse gegen Adolf Eichmann und gegen Angehörige der Mannschaft des Vernichtungslagers Auschwitz, aber auch die Debatten des Bundestages, die sich mit einer Verlängerung der Verjährungsfristen für Mordtaten unter dem NS-Regime befassten. Immer lauter wurden nun die Stimmen, die eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen ideologischen, mentalen und

personellen Kontinuitätslinien forderten. Die »Rückkehr der unbewältigten NS-Vergangenheit« in die bundesdeutsche Öffentlichkeit bildete den erinnerungskulturellen Hintergrund, vor dem im März 1960 der Rat der Stadt Oberhausen einstimmig für die Einrichtung der Gedenkhalle votierte.

Sie bildete zugleich den Ausgangspunkt der Gedenkstättenarbeit in NRW, die jedoch lange Zeit keine institutionelle Fortsetzung finden sollte. Nicht zu unrecht hat der Freiburger Historiker Ulrich Herbert daher die späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre als Phase einer »zweiten Verdrängung« gekennzeichnet. Eine intensive Erforschung der nationalsozialistischen Verbrechen »vor Ort« entwickelte sich erst danach. Sie wurde maßgeblich getragen von Einzelpersonen und den Mitte der 1970er-Jahre zahlreich entstehenden gesellschaftskritischen Geschichtswerkstätten, die sich an dem Motto »Grabe, wo du stehst« (Sven Linqvist) orientierten. Obwohl sie mit ihren erinnerungskulturellen Aktivitäten in manchen – vor allem sozialdemokratisch regierten – Rathäusern durchaus auf offene Ohren stießen, verlief die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in den Städten und Gemeinden oftmals höchst kontrovers. Nicht selten blieben die Gruppen »Einzelkämpfer der Erinnerung« (Alfons Kenkmann). Trotzdem ließen sie nicht locker und verstärkten gemeinsam mit Mitgliedern von Opferverbänden ihre Bemühungen, die historischen Schauplätze für ein Gedenken an die Betroffenen der nationalsozialistischen Verfolgung zu sichern.

Diese »authentischen« Orte waren seit dem Ende des Krieges häufig in Vergessenheit geraten und wurden längst anderweitig genutzt. In der ostwestfälischen Wewelsburg, ehemals repräsentative und ideologische Zentrale der SS Heinrich Himmlers, war beispielsweise eine Jugendherberge untergebracht. Im Kölner EL-DE-Haus, während des Nationalsozialismus Sitz der Gestapo für den Regierungsbezirk Köln, residierte das Standesamt und die Rentenstelle. Auf die Idee, diese historisch »authentischen« Plätze zu kennzeichnen oder gar als Gedenkstätten zu nutzen, kam zu diesem Zeitpunkt kaum jemand. Als erstes gelang dies schließlich in Essen, wo am 9. November 1980 die Alte Synagoge als städtische Gedenkstätte und Begegnungsort mit der Dauerausstellung »Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945« eröffnet werden konnte. Kurze Zeit später folgte im Kreis Paderborn die Eröffnung der Dauerausstellung »Wewelsburg 1933 bis 1945 – Kult- und Terrorstätte der SS«.

In Köln war es ein junger Aktivist mit Namen Sammy Maedge, der Ende der 1970er-Jahre als »wandelnde Litfass-Säule« durch die Kölner Fußgängerzone zog. Er hatte von Gefängniszellen im EL-DE-Haus erfahren und brachte nun seine Empörung über die bislang vertuschte NS-Vergangenheit des Ortes zum Ausdruck. Etwa zur gleichen Zeit hatten sich der Lehrer Kurt Holl und der Fotograf Gernot Huber nachts im EL-DE-Haus einschließen lassen und dort Wandinschriften fotografiert, die Häftlinge während ihrer Gefangenschaft in den Zellen hinterlassen hatten. Diese präsentierten sie der Öffentlichkeit. Die Aktionen stießen auf große Resonanz. Unter maßgeblicher Beteiligung von Überlebenden des NS-Regimes gründete sich eine Bürgerbewegung, die sich für die Einrichtung einer Gedenkstätte und eines Dokumentationszentrums über die Geschichte der NS-Zeit in Köln einsetzte. Mit weiteren Aktionen und etlichen Demonstrationen konnte die Initiative schließlich auch den Rat der Stadt Köln beeindrucken. Als Reaktion auf die bekannt gewordene Geschichte des Hauses beschlossen die Politiker Anfang der 1980er-Jahre, die Inschriften im Keller des EL-DE-Hauses zu sichern und ehemalige Ges-

tapogefängnis für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Einrichtung eines NS-Dokumentationszentrums vor Ort konnte allerdings erst im Jahr 1997 mit der Eröffnung der Dauerausstellung »Köln im Nationalsozialismus« abgeschlossen werden.

Seit Ende der 1980er-Jahre war es bereits gelungen, zahlreiche neue Einrichtungen in vielen Städten in NRW zu gründen, wobei die Unterstützung von staatlicher Seite zumeist weiterhin fehlte. Den Gedenkstätten ging es nun jedoch nicht mehr nur darum, die Schauplätze nationalsozialistischer Verbrechen als reine Erinnerungsorte zu sichern, sondern sie erweiterten ihr Aufgabenspektrum in den Bereichen der Forschung, der Ausstellungen und vor allem der pädagogischen, historisch-politischen Bildungsarbeit. Einige Beispiele sind die Mahn- und Gedenkstätten in Düsseldorf und Dortmund, die Dokumentationsstätte »Gelsenkirchen im Nationalsozialismus« oder der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster. Etwa zur gleichen Zeit entstanden Museen und Gedenkstätten an ehemaligen Orten jüdischen Lebens, beispielsweise in Krefeld die NS-Dokumentationsstelle Villa Merländer, in Dorsten das Jüdische Museum Westfalen oder in Wuppertal die Begegnungsstätte Alte Synagoge. In ihren Konzepten integrieren die Einrichtungen den Holocaust jeweils in den Kontext der jüdischen (Kultur-) Geschichte vor Ort sowie in Deutschland und Europa. Das breite Themenspektrum der Gedenkstätten komplettieren heute Einrichtungen in Städten wie Stukenbrock-Senne, Hemer oder Soest, wo Dauerausstellungen an das Schicksal der dort während des Zweiten Weltkriegs internierten Kriegsgefangenen erinnern. Ein aktuelles, viel beachtetes Projekt ist der Aufbau einer Dokumentation auf der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel. Dort sollten junge Männer zu einer Elite politischer »Nachwuchsführer« für die nationalsozialistische Herrschaftsschicht ausgebildet werden. (3)

Mittlerweile gibt es in NRW eine äußerst vielfältige, dezentral strukturierte Gedenkstättenlandschaft, wie sie in kaum einem anderen Bundesland zu finden ist. Um die Vernetzung der einzelnen Einrichtungen zu fördern, konstituierte sich im Jahr 1993 der Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in NRW. (4) Der gemeinnützige Verein bündelt die Aktivitäten seiner Mitglieder für gemeinsame Forschungsprojekte, veröffentlicht Publikationen, richtet Veranstaltungen aus und stellt mit seinem Internetauftritt ein umfassendes Informationsangebot zur Verfügung.

Selbstverständnis und Aufgaben heute

Ein Schlagwort der Gedenkstättenarbeit ist der Dreiklang aus »Erinnern – Forschen – Lernen«. Heute, 47 Jahre nach Gründung der Oberhausener Gedenkhalle, steht hinter diesen Begriffen längst ein großes Aufgabenspektrum: Wie zu Beginn ihrer Entstehung bemühen sich die Gedenkstätten weiterhin intensiv um die Opfer der NS-Zeit sowie deren Angehörige. An den Schauplätzen der Verbrechen ermöglichen sie das Gedenken an die ehemals Verfolgten. Im Mittelpunkt der Gedenkstättenarbeit steht aber inzwischen die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus auf der lokalen und regionalen Ebene. Nahezu alle Einrichtungen verfügen in unterschiedlichem Umfang über eine historische Dauerausstellung, führen Veranstaltungen wie Lesungen, Konferenzen und Sonderausstellungen durch und veröffentlichen neue Forschungsergebnisse mittels eigener Publikationen. (5)

Die historische Reflexion über die NS-Diktatur und das Gedenken an die Opfer verstehen die Gedenkstätten jedoch nicht als Selbstzweck, sondern sie verbinden ihre Bemühungen stets mit einer besonderen Form der Demokratie- und Menschenrechtserziehung. Mit der zunehmenden Professionalisierung ihrer pädagogischen Konzepte haben sie ein differenziertes Bildungsangebot entwickelt, das sich sowohl an schulische als auch außerschulische Zielgruppen richtet.

Als besonders erfolgreich hat sich die Arbeit in Projekten erwiesen, die mit Lehrer/innen und Schüler/innen gemeinsam entwickelt wurden. In der Projektarbeit haben Jugendliche Zeit und Gelegenheit nicht nur historische Kenntnisse zu erwerben, sondern auch eigene Haltungen zur Geschichte zu entwickeln. Die Vermittlung der Kriterien, auf deren Grundlage der Nationalsozialismus zu bewerten ist, geht dabei über die Aneignung von historischem Faktenwissen hinaus. Sie ist eine genuine Aufgabe der politischen Bildung und hilft den jungen Menschen, gegenwärtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen zu reflektieren und zu problematisieren.

Bei dieser Vermittlungstätigkeit darf der Anspruch an die Gedenkstätten allerdings nicht zu hoch angesetzt werden: »Absurd [...] wird das pädagogische Bemühen dort, wo Gedenkstätten etwas sein sollen, wie Orte der Umkehr, solche also, an denen junge Menschen, die sich im Diskriminieren, Schikanieren und Quälen schon hervorgetan haben, lernen sollen, wo das alles hinführt«, schreibt Jan Philipp Reemtsma bewusst provokant. (6) Vielmehr geht es darum, zu dokumentieren und zu analysieren, mit welcher Zerstörungskraft der Nationalsozialismus den bis heute unvorstellbaren Zivilisationsbruch ausgelöst hat. Vor dem historischen Hintergrund können die Gedenkstätten ein Bewusstsein von der Fragilität unserer Zivilgesellschaft vermitteln und so eindrücklich warnen vor den Gefahren, die hinter neuen rechtsextremistischen Entwicklungen lauern. Die »Lernorte« sind zugleich Foren für die Diskussion über Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, über die Gefährdung der Demokratie durch Extremismus und durch Gleichgültigkeit. Sie bieten Raum für die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Nationen. Ihr nachdrückliches Nein zu Ausgrenzung, Antisemitismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in der Gegenwart verbinden die Gedenkstätten mit Ansätzen und Lernmodellen für mehr Demokratie, für faire Konfliktlösungen, Akzeptanz von Menschenrechten und für ein tolerantes gesellschaftliches Klima in der Gegenwart.

Besonders deutlich werden diese Bemühungen in der engen Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie der »Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)« beim Geschichtsort Villa ten Hompel oder der »Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)« beim NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. (7) Als Experten für die heutigen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Deutschland ergänzen sie die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Gedenkstätten. Sie bieten Hilfe bei Problemen vor Ort an, beispielsweise bei rassistischen Schmierereien und Beschimpfungen an Schulen. Sie ermutigen Jugendliche und Erwachsene, nicht wegzusehen, wenn andere wegen ihrer Herkunft oder Religion diskriminiert werden und sie motivieren zum Widerspruch, wenn Menschen mit dumpfen Parolen oder scheinbar raffinierten Argumenten ausgegrenzt werden.

In Unterrichtseinheiten, Workshops und Projekttagen diskutieren die Mitarbeiter der Beratungsteams mit den Jugendlichen, sie unterstützen Initiativen bei der Entwicklung von Projekten, bilden Akteure in Schulen, der Jugendarbeit und weiteren Bildungseinrichtungen und vernetzen zivilgesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen.

Auf die enorme Kompetenz, mit der die Gedenkstätten in NRW in den vergangenen Jahren die historisch-politische Bildungsarbeit entwickelt haben, ist inzwischen auch die Politik aufmerksam geworden. So betonte NRW-Schulministerin Barbara Sommer bei einem Aufenthalt im Kölner EL-DE-Haus 2008, dass sie die Gedenkstätten-Besuche im Rahmen des Schulunterrichts für ausgesprochen wichtig halte: »Dieses Haus ist ein hervorragender außerschulischer Lernort und damit vielleicht von höherer Bedeutung als der Klassenraum selbst.« Und an die Mitarbeiter/innen des Dokumentationszentrums gerichtet: „Was Sie hier machen, ist Menschenbildung, wie wir sie uns wünschen.“ (8)

Herausforderungen in der Zukunft

Die rasante Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft in NRW besonders seit Beginn der 1990er-Jahre kann als eine »Erfolgsstory« des zivilgesellschaftlichen Engagements gelten. In ihrer alltäglichen Arbeit und in der Sicherung ihrer Existenz werden die Einrichtungen aber auch zukünftig auf den ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher Menschen angewiesen sein. Denn obwohl der Bund in seiner 1999 verabschiedeten Gedenkstättenkonzeption die Förderung bestimmter Einrichtungen als gewissermaßen staatlich-kulturellen Auftrag festlegte, hieß es dort: »Die Förderung der Erinnerung, des Gedenkens und von Gedenkstätten ist zunächst eine Aufgabe der Gesellschaft, der Kommunen und der Länder«. (9) Der Bund werde jedoch Gedenkstätten und Projekte fördern, »wenn sie von nationaler bzw. internationaler Bedeutung sind«. Für die Gedenkstätten in NRW, die sich ja gerade der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte »vor Ort« verschrieben haben, treffen die Förderkriterien daher zumeist nicht zu.

Institutionell und finanziell sind die einzelnen Einrichtungen heute unterschiedlich aufgestellt und abgesichert. (10) Sofern die Übernahme einer öffentlichen Verantwortung erreicht werden konnte, befinden sich Gedenkstätten überwiegend in kommunaler Trägerschaft. Eine beträchtliche Zahl liegt jedoch ausschließlich in der Hand von Verbänden und Vereinen. Seit 1996 werden in Nordrhein-Westfalen zusätzlich einzelne Projekte von der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt. Fast allen Einrichtungen ist dennoch – mehr oder weniger – eines gemeinsam: Eine chronische Unterfinanzierung. Die geringen Mittel und die dünne personelle Besetzung sind in Anbetracht der Aufgaben zumeist ungenügend. So müssen Einrichtungen wie die Gedenkstätte Bonn oder die Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal mit gerade einmal ein oder zwei fest angestellten Mitarbeiter/innen u.a. eine Dauerausstellung, Seminare mit Schüler/innen sowie regelmäßige Veranstaltungen betreuen, Rechercheanfragen zur NS-Zeit beantworten und wenn möglich auch noch eigene Forschungen durchführen. Ohne den Einsatz ehrenamtlicher Unterstützer/innen und zahlreicher hoch motivierter Honorarkräfte wäre dies kaum zu bewältigen.

Der Aspekt der finanziellen Ausstattung ist auch von Bedeutung im Prozess der sich gegenwärtig vollziehenden erinnerungskulturellen Akzentverschiebungen. Seit der Wiedervereinigung hat die Aufarbeitung der SED-Diktatur berechtigterweise einen hohen Stellenwert in der deutschen Erinnerungskultur erhalten, aber auch Opferdiskurse um Flucht und Vertreibung gewinnen wieder an Bedeutung. Neue Mahnmale, Gedenkstätten und Dokumentationszentren sind in Planung oder bereits eingerichtet. Statt jedoch nach konstruktiven Wegen zu suchen, die Aufarbeitung der verschiedenen Abschnitte der deutschen Geschichte miteinander zu verknüpfen – zum Beispiel in einer Gegenüberstellung einzelner Aspekte der beiden deutschen Diktaturen – scheint eher die Gefahr zu bestehen, dass ein Wettbewerb um Fördermittel provoziert und die Einrichtungen in Konkurrenz zueinander gesetzt werden könnten.

Neben ihren finanziellen Problemen müssen sich die Gedenkstätten aber auch in ihrer alltäglichen Arbeit neuen Herausforderungen stellen. In absehbarer Zukunft wird die Generation der Zeitzeugen, die beim Aufbau und bei der Arbeit der Gedenkstätten einen wichtigen inhaltlichen und pädagogischen Beitrag geleistet hat, nicht mehr zur Verfügung stehen. Daher sind die Einrichtungen schon heute darauf angewiesen, in ihrer Vermittlungsarbeit neue Strategien anzuwenden und sich verstärkt der Bedeutung des authentischen Ortes als bleibendem Zeitzeugnis zu widmen. In dem Bewusstsein die Überlieferungen der älteren Generation bewahren zu wollen, befragen die Gedenkstättenmitarbeiter bereits seit vielen Jahren die letzten Überlebenden. Mit Videointerviews, schriftlichen Aufzeichnungen, der Sammlung von Briefen, Tagebüchern und Gegenständen sowie der Übernahme von Nachlässen sichern sie in großem Umfang wichtige Informationen und Anschauungsobjekte für Ausstellungen, Publikationen und digitale Medien. In Verbindung mit der bleibenden Aura des historischen Ortes sind diese Quellen von enormem Wert für die pädagogische Arbeit und müssen den Ausfall der direkten Begegnung mit den Zeitzeugen so gut es geht kompensieren. Dass sich dabei auch neue Chancen der Vermittlung ergeben, haben die Gedenkstätten bereits erkannt.

Ebenfalls einstellen müssen sich die Gedenkstätten auf neue Besuchergruppen. Immer weniger Menschen haben die NS-Zeit noch bewusst miterlebt oder kennen eine Person mit unmittelbarem Bezug zu diesem Abschnitt der Geschichte. Dass unter den Bedingungen einer zunehmenden Globalisierung und dem Schlagwort vom »Einwanderungsland Deutschland« die Bildungsangebote der Gedenkstätten einer fortwährenden Überprüfung bedürfen, das zeigen die gemachten Erfahrungen mit jugendlichen Migrant/innen. Diese Befunde verlangen für die Zukunft neue museumsdidaktische Konzeptionen und gedenkstättenpädagogische Programme.

Bedeutung für die Zivilgesellschaft

2009: Die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus haben sich mit ihren vielfältigen Aufgaben und Leistungen als wichtiges Merkmal der politischen Kultur in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland etabliert. Das in ihrem Umfeld zum Vorschein kommende zivilgesellschaftliche Engagement ist geprägt von einem Geben und Nehmen: Die Gründung der Gedenkstätten und ihr Fortbestand waren und sind nur möglich durch den bürgerschaftlichen Einsatz einzelner Gruppen und Personen. Mit ihrer historisch-politischen Bil-

dungsarbeit setzen sich die Gedenkstätten im Gegenzug für ein tolerantes, vielfältiges und demokratischen Werten verpflichtetes Miteinander ein und ermuntern zur Zivilcourage.

Der Wert der Gedenkstätten für die deutsche Gesellschaft ist daher offensichtlich. Sie können einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Demokratie der Bundesrepublik nicht noch einmal »bloß als Notausgang aus einem lichterloh brennenden Haus aufdrängt« (Erik Regier, 11).

Anmerkungen

(1) Die erste große KZ-Gedenkstätte der Bundesrepublik wurde im Jahr 1965 auf dem Gelände des ehemaligen Lagers in Dachau bei München eröffnet. In Neuengamme/Hamburg wurde im selben Jahr ein Mahnmal bestehend aus einer Stele, einer Plastik und einer Gedenkmauer mit Nationalitätentafeln eingeweiht.

(2) Einen umfassenden Überblick über die Gedenkstättenlandschaft in Nordrhein-Westfalen bietet das Internetportal des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in NRW e.V. www.ns-gedenkstaetten.de/nrw. Jede der mehr als 20 Mitgliedereinrichtungen präsentiert sich dort mit einem eigenen Auftritt. Gleichzeitig bietet das Portal ein umfangreiches Informations- und Serviceangebot mit verschiedenen Beiträgen über die Zeit des Nationalsozialismus, aktuellen Meldungen, Veranstaltungshinweisen, weiterführenden Links sowie Literaturempfehlungen.

(3) Nähere Informationen gibt es auf den Internetseiten der Standortentwicklungsgesellschaft in Vogelsang: <http://www.vogelsang-ip.de>

(4) Einen Überblick über die gesamte Gedenkstättenlandschaft in Deutschland bietet das Bundesportal des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten: www.ns-gedenkstaetten.de Ebenfalls zum empfehlen ist die in zwei Bänden von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Übersicht über die Gedenkstätten in den west- und ostdeutschen Bundesländern: Puvogel, Ulrike u.a. (Hrsg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Band I und II. Bonn 1995/2000. Beide Bände sind auch in Form von pdf-Dokumenten über den Internetauftritt der Bundeszentrale erhältlich:

http://www.bpb.de/publikationen/DTVV50,o,o,Gedenkst%EA4tten_f%FCr_die_Opfer_des_Nationalsozialismus_Band_I.html

(5) Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln sowie der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse und didaktischen Materialien mittlerweile sogar in eigenen Schriftenreihen.

(6) Reemtsma, Jan Philipp: Wozu Gedenkstätten? In: Mittelweg 36, 2/2004, S. 49-63, hier S. 55.

(7) Umfangreiche Informationen zur Arbeit der beiden Beratungsteams gibt es im Internet:

<http://mobim.muensterpixel.com> ; <http://www.museenkoeln.de/ns-dok/default.asp?s=1147&tid=379&kontrast=&schrift=>

(8) Zitiert aus: Online-Redaktion des Arbeitskreises NS-Gedenkstätten in NRW: »Das ist Unterricht, wie ich ihn mir wünsche!«: Ministerin Barbara Sommer begrüßt Gedenkstättenbesuche von Schulklassen, Beitrag aus der Rubrik »Aktuelles« v. 09. März 2008 unter: <http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/aktuelles/index.php?id=459&einrichtung=koeln&status=show&direkt=0&archiv=1>

(9) Vgl. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode. Drucksache 14/1569 v. 27.7.1999, S. 3. Auf den 19. Juni 2008 datiert die im Koalitionsvertrag von 2005 beschlossene »Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes«, vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode. Drucksache 16/9875. An den Kriterien für eine Förderung durch den Bund hat sich für die lokalen Gedenkstätten in NRW jedoch im Wesentlichen nichts geändert.

(10) Das trifft jedoch nicht nur auf die Situation innerhalb des Bundeslandes NRW zu. Auch zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es – wie bereits angedeutet – große Unterschiede in der Organisation der Gedenkstättenarbeit. Vgl. hierzu z.B. Kenkman, Alfons: Fokussierung oder Vielfalt? Aktuelle Diskussionen um die Struktur der NS-Gedenkstätten – Berlin und NRW im Vergleich, in: Hammerstein, Katrin u.a. (Hrsg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit. Göttingen 2009, S. 59-69.

(11) Zitiert nach Kenkmann, Alfons: Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus – Zur Tradition der Gedenkstättenarbeit, in: Goch, Stefan/Rudolph, Karsten (Hrsg.): Wandel hat eine Heimat. Nordrhein-Westfalen in Geschichte und Gegenwart. Oberhausen 2009, S. 308-316, hier S. 316.

Autor

Stefan Becker, seit 2002 Magisterstudium der Neueren/Neuesten Geschichte, Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft an den Universitäten Bamberg und Münster, Auslandsaufenthalte bei den Deutschen Historischen Instituten in London und Paris. Seit März 2006 Redakteur in der Online-Redaktion des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in NRW für die Internetportale www.ns-gedenkstaetten.de/nrw und www.ns-gedenkstaetten.de. Seit März 2008 verantwortlicher Redakteur für den Internetauftritt sowie geschäftsführender Assistent im Vorstand des Arbeitskreises.

Kontakt:

redaktion@ns-gedenkstaetten.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de